

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der "Cübeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis, einschließlich der Unterhaltungsbeiträge „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 M., monatlich 60 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die schwarzgedruckte Zeitung oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Interesse für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 103.

Mittwoch, den 3. Mai 1916.

23. Jahrg.

Un die Wurzel des Uebels!

Von Dr. Albert Südekum, M.-d.-R.

Ein Blick auf die militärische Lage Deutschlands gibt uns die beruhigende Zuversicht, daß es mit den zertrümmerten Plänen unserer Gegner seine guten Wege haben wird. Auch unsere Bundesgenossen halten ihre Fronten fast an jeder Stelle. Die Hoffnung unserer Feinde, namentlich Englands, ist zurzeit nicht sowohl der militärische als der wirtschaftliche Sieg. Mit zynischer Offenheit hat vor kurzem ein Engländer in der „Nation“ ausgeprochen, daß jetzt schon Mangel in Deutschland herrsche, daß bei verhältnißfester Absperrung, namentlich der neutralen Länder, nach sechs Monaten Not und nach abermals sechs Monaten Verzweiflung herrschen werde. In dem Willen der Engländer und ihrer Verbündeten, unser Volk durch Hunger zu Kapitulation zu bringen, ist kein Zweifel erlaubt. Und wenn wir auch überzeugt sind, daß das brutale Mittel der Aushungerung eines ganzen Volkes nicht zum Ziel führen wird, so dürfen wir doch nicht leichthin über den Ernst unserer Lage hinwegsehen.

Wie die Dinge liegen, handelt es sich für Deutschland nach der Absperrung der See ein Jahr in erster Linie um ein Verteilungsproblem. Das ist, wahrscheinlich weil man nur mit einer kurzen Kriegsdauer rechnete, im Anfang von den verantwortlichen Stellen nicht ernsthaft erfaßt worden. Schon im August 1914 hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die vorhandenen Nahrungsmittel im Lande genau festzustellen, ihre richtige Verteilung zu gewährleisten. Aber Monat um Monat verging, ehe die Reichsregierung, wenigstens beim Brotgetreide, die notwendigen Maßregeln ergriß. Ist die Brotkarte ein unleugbarer Erfolg gewesen, so kann man das gleiche von den Versuchen einer richtigen Verteilung der anderen Nahrungsmittel, namentlich der Kartoffeln und des Fleisches, weder im ersten noch im zweiten Kriegsjahr sagen. Wenn es freilich mit Verordnungen allein getan gewesen wäre, dann würden wir keine Schwierigkeiten mehr haben; niemals in die Bürokratie mit Verordnungen und Verfügungen so frei-gebiß gewesen wie in dieser Kriegszeit, nur haben die bürokratischen Mühlen leider kein Mehl gegeben. Noch immer ist es möglich, daß Leute mit wohlgefülltem Geldbeutel sich soziell alle Genüsse materiellen Wohlstands verschaffen können, während wenige Schritte von ihnen entfernt Minderbemitlede oder Arme nur mit äußerster Mühe ihren Haushalt in leidlicher Ordnung erhalten können.

Die äußerste Schlüßfolgerung aus der Lage Deutschlands, die man mit der einer belagerten Festung verglichen hat, wäre unzweckmäßig die Einführung der gemeinsamen Speisung, möge man dabei nun an die „schwarze Suppe“ der Sparraner oder an die modernen „Gulaschküchen“ anknüpfen. Es läßt sich verstehen, daß man vor diesem Neuersten noch immer zurückgeschreckt ist, denn es würde einen unerhörten starken Eingriff in die gesamte Volkswirtschaft bedeuten, zahllose Existenzgeradezu der Vernichtung preisgeben und ein Maß von organisatorischer Tätigkeit voraussezetzen, dem weder staatliche noch kommunale Behörden ohne weiteres gewachsen sind. Aber zwischen der allgemeinen Einführung der Gulaschküche und dem heutigen Zustand liegen unendliche Abstufungen, von denen mindestens eine die zweckmäßigste Lösung der Frage einer gerechten Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel bedeuten muß. Der Vorwurf der den verantwortlichen Stellen gemacht werden muß, ist der, daß sie nicht mit genügender Energie diese relativ beste Lösung gesucht und dann auch durchgeführt haben.

Die Folge davon sind starke und weitverbreitete Klagen in der Bevölkerung. In Zeitungen, in den Parlamentsdebatten, in Versammlungen, überall wird mit berechtigter Schärfe über Schäden und Mängel, die vermieden werden könnten, gesagt. Diese Klagen haben dann wieder die Folge, daß die ohnehin in wohlhabenderen Kreisen vorhandene Sucht, sich mit allerhand Vorräten einzudecken, d. h. also massenhaft Nahrungsmittel zu kaufen, gesteigert wird. Die Preise steigen. Wo Höchstpreise festgesetzt worden sind, verschwinden die Waren mit erstaunlicher Schnelligkeit vom Markt. Dem Wucher und dem Verzug sind Tüt und Tor geöffnet. Namentlich hat sich aber die sehr üble Tatsache ergeben, daß ein starker Gegenjahr zwischen den Verhältnissen auf dem platten Lande und denen in den Städten, namentlich den Großstädten und den großen industriellen Siedlungen sich gebildet hat. Wir brauchen bloß auf die erhebliche Zunahme der Hausangestellungen, bei gleichzeitigem Fleischmangel hinzweisen: wenn man auch nicht alles kritiklos glauben mag, was als Bericht umgeht, so bleibt doch jedenfalls die Tatsache bestehen, daß auf dem Lande starke Fleischvorräte und Vorräte an anderen Lebensmitteln in Reserve gehalten werden, während hingegen in den Städten manche Dinge gar nicht, andere nur in ungenügender Menge und zu außergewöhnlich hohen Preisen konserviert sind. Wenn hier nichts

Durchgreifendes geschieht, werden die Verhältnisse nicht besser, sondern in naher Zukunft noch schlechter werden. Jedenfalls haben wir mit einer noch weit empfindlicheren Fleischknappheit zu rechnen, sobald die Natur erst wieder den Weidegang des Viehs gestattet. Denn der Mangel an genügenden Futterstoffen hat immerhin zu einer Einschränkung der Viehhaltung geführt, die sich in einem relativ hohen Auftrieb, namentlich von Rindvieh, auf den städtischen Vieh- und Fleischmärkten bemerkbar macht. Sobald erst wieder Grünfutter vorhanden ist, werden die Landwirte schon im Hinblick auf die hohen Milchpreise, auf die Notwendigkeit der Dungproduktion und aus andern Gründen mit dem dann wieder leichter durchzubringenden Vieh zurückhalten.

Das führt uns auf das Hauptproblem unserer Nahrungsmitteleinsorgung. Stellt es sich im Anfang, wie gesagt, in erster Linie als Verteilungsproblem dar, so ist damit die Sache noch keineswegs er schöpft, vielleicht tritt das Produktionsproblem immer mehr in den Vordergrund. Brotkarte, Fleischkarte, Fettkarte, Kurzrationierung des Bedarfs ist eine Selbstverständlichkeit. Aber „rationiert“ kann nur werden, was vorhanden ist. Es kommt also darauf an, oder es wäre darauf angekommen, auch eine Reglung der Produktion von Anfang an zu versuchen. Daß an eine kommunale Produktion unter heutigen Verhältnissen nicht gedacht werden kann, liegt auf der Hand. Man muß an das vorhandene anknüpfen. Und da wäre es unzweckmäßig geboten gewesen, sofort, als das Nahrungsmittelproblem als die eigentliche Kernfrage unserer Widerstandsfähigkeit in diesem Kriege erkannt wurde, geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Um die Produktion aufrecht zu erhalten und die gleichmäßige Versorgung der ganzen Bevölkerung mit den landwirtschaftlichen Produkten sicherzustellen, müßte das ganze Land in kleine Verwaltungsbezirke, von denen jeder einzelne vielleicht nur drei oder vier Produktionsstätten

(Bauernhäuser, Güter, Gärtnereien usw.) umfaßt, aufgeteilt werden. An die Spitze eines jeden dieser kleinen Bezirkswälder eine verantwortliche Vertreterperson, ein Mann oder eine Frau, durch die öffentlichen Behörden zu berufen. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Bauer oder eine Bauersfrau genau weiß, was durchschnittlich in Friedenszeiten an Getreide, Kartoffeln, Bier, Butter, Eiern, Ge- müse und sonstigen Produkten von den einzelnen Höfen auf den Markt gebracht worden ist. Wegen des Mangels an Arbeitskräften, wegen der schlechten Düngung und aus anderen Gründen ist in dieser Kriegszeit mit einer Verminderung der Produktion zu rechnen; sagen wir, daß durchschnittlich 10 bis 20 Prozent weniger als im Frieden produziert würden. Pflicht des Vertretermannes der kleinen Bezirke wäre, dann dafür verantwortlich einzustehen, daß wenigstens der Rest wie in Friedenszeiten auf den Markt gebracht wird. Jede Verminderung der Produktion, abgesehen der Kriegsminderung, müßte mit strenger Strafe geahndet werden.

Zwingt man so die landwirtschaftlichen Urproduzenten, alles, was in ihren Kräften steht, herzustellen und für den Absatz bereitzuhalten, so muß man ihnen auf der anderen Seite natürlich auch die Absatzsicherheit geben. Es müssen also öffentliche Stellen eingerichtet werden, an die die Landwirte jederzeit ihre Produkte zu verkaufen hohen Preisen los werden können.

Auf diese Weise wäre die Menge der vorhandenen und der zu erwartenden Nahrungsmittel in fürzester Frist sicherzustellen, und auf dieser Grundlage könnte die Verteilung nach dem Bedarf ohne Schwierigkeiten vorgenommen werden.

Eine solche Zerlegung des gesamten Reichsgebietes in ganz kleine Verwaltungsbezirke, vielleicht sogar Selbstverwaltungsbezirke, ermöglicht auch die Anpassung an die sehr verschiedenen lokalen Verhältnisse, so daß Produzenten und Konsumenten in letzter Linie alle zu ihrem Rechte kommen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Über den Stand der Verhandlungen mit Amerika machte gestern Staatssekretär v. Jagow in der Budgetkommission die kurze Mitteilung, daß die Entscheidung noch nicht gefallen sei, sie steht noch bevor. Sobald der Reichskanzler aus dem Hauptquartier zurückgekehrt sei, beabsichtige er, der Kommission nähere Aufschlüsse zu geben.

Es bestätigt sich, daß das englische Heer einen Sieg über die Irlander erfochten hat. Nach den heute vorliegenden umfangreichen Meldungen sind etwa 500 Sinn-Feiner als Gefangene nach England gebracht worden. Allenhalben wurde die bedingungslose Übergabe gefordert und gewährt. Von den Gefangenen haben nur einige Uniformen getragen, die anderen sollen sich in einem elenden Zustande befinden haben. Sonnabend abend war der Führer der Aufständischen Pease nach dem Hauptquartier gegangen; er ergab sich bedingungslos. Sodann seien die Rebellen aus den zerstörten Städten zum Vortheil gekommen. Auf der Post wurde Sonntag früh eine weiße Fahne gehisst. Im medizinischen Kollegegebäude standen, nachdem er erobert worden, zwiehundert Verwundete der letzten drei Tage aufnahme. Die Lebensmittelversorgung war schwierig, die Geschäfte waren entweder ausverkauft oder verbarrikadiert. Am Freitag war kein frisches Fleisch erlangbar. Die Rebellen wurden offensichtlich von Seiten der irischen Bevölkerung unterstützt. Die Haltung der Nationalisten war für die Rebellen eine bittere Enttäuschung. Das schnelle Zusammenbrechen des Aufstandes erklärt sich zum großen Teil dadurch, daß den Sinn-Feinern der erhoffte Zugang ausblieb. Das ist wiederum eine Folge davon, daß die ökonomisch-politischen Verhältnisse sich in den letzten Jahrzehnten stark geändert haben und sich eine Klasse gebildet hat, deren Interessen nicht mehr die Unabhängigkeit Irlands, sondern eine gute Stellung innerhalb des britischen Reichs erfordern: die irische Bourgeoisie, die zum guten Teil aus durch die verschiedenen Landreformen eingemahnen gejättigten Bauern und Bürgern nebst dem städtischen Mittelstand besteht. Revolutionäre Neigungen hat sie nicht mehr. Deshalb mußte der Aufstand zusammenbrechen.

In den englischen Nachrichten werden auch wieder Schauermärkte über die Eymoreung unglücklicher Kinder und Bürger durch die Rebellen verbreitet. Wir wollen unsere Leser damit verzögern, weil der Zweck dieser Lügen denn doch so offenkundig ist.

Aus der einen Klemppe ist die englische Regierung nun heraus, nun aber steht sie in einer mindestens ebenso großen. Wir meinen die Frage der englischen Wehrpflicht. Hierzu kommt Daily Mail. Die Regierung soll an dem Söldner nicht nach den jungen Engländern eine allgemeine

Wehrpflicht unvermeidlich sei. Man erwartet, daß Premierminister Asquith im Unterhaus eine neue Bill einbringt, die die militärische Dienstpflicht für alle Männer im militärisch fähigen Alters einführt. Es scheint, daß die drei der Arbeitervarietei angehörigen Minister Henderson, Roberts und Bryce diese Politik billigen, die jetzt auch die Unterstützung eines ziemlich großen Teils ihrer Partei hat.“ Die „Daily News“ schreibt ferner: „Asquith wird im Parlament eine Lage vorsiehen, die schwierig ist wie niemals zuvor. Er kann sich glücklicherweise darauf berufen, daß der Aufstand in Irland beendet ist, aber die Schwierigkeiten infolge des Aufstandes sind trotzdem sehr groß. Dann muß sich die Regierung über Kut-el-Amara und die Dienstpflicht äußern, die die größten Schwierigkeiten bietet. Vom liberalen Parteistandpunkt aus könnte man die Leitung des Krieges wohl den Konservativen überlassen, aber es würde sich wohl kaum ein konservativer Führer finden, der bereit wäre, diese Aufgabe zu übernehmen.“ — Die „Times“ sagt: „Die Ereignisse der vorigen Woche zeigen deutlich, daß Maßnahmen in der Regierung dringend notwendig sind. Das Kabinett muß verkleinert werden und darf höchstens aus sechs Ministern bestehen.“

Nach dem Zusammenbruch der englischen Irak-Armee bleibt, wie der Korrespondenz „Heer und Politik“ geschrieben wird, nur noch die Frage offen, wie teuer die Engländer dieses Abenteuer bezahlen müssen. Eine Übersicht über die Opfer, die England hier gebracht hat, ergibt, daß das Irak-Unternehmen auch in dieser Beziehung eine Niederlage schwerster Art für England bedeutet. Die auf seitens der Tatsachen aufgebauten Berichte des türkischen Hauptquartiers ergeben ganz gewaltige Ziffern für den Abgang, den die englische Wehrmacht hier erlebt hat. Schon am 20. November vorigen Jahres meldete der türkische Generalstabbericht, daß allein auf dem verhältnismäßig kleinen Teile des damaligen Schlachtfeldes über 1000 Leichen gezählt wurden. Diese Zahlen lehnen in immer größerem Umfang bei den Zusammenstößen der nächsten Monate wieder. Nachdem im Dezember ungefähr 25.000 Mann allein von der englischen Presse als Verluste im Irak genannt wurden, brachte der Monat Januar fast täglich Zusammenstöße, die für die Engländer ungeheuer blutig verließen. Ihre Höhepunkte erreichten sie am 24. Januar in der Schlacht bei Mienta, wo die Türken auf dem Schlachtfelde mehr als 3000 englische Leichen zählten. Vorher waren in den Kämpfen bei Sairi Said ungefähr 3500 Engländer gefallen. Es kommen hier nur die Zahlen in Betracht, die das türkische Hauptquartier auf dem Schlachtfelde selbst feststellen konnte. Bei diesen Kämpfen sind natürlich nicht die blutigen Verluste aus

Zulässigkeit einer Verleihung des Anstellungsscheines wird manchem Bewerber, herbe Enttäuschung ersparen, da mit der übermöglichen Vermehrung der Scheine die Zahl der Bewerbungen derart anwachsen würde, daß es nicht möglich wäre, die Bewerber unterzubringen. Der Anstellungsschein gibt dem Inhaber nicht das Recht auf eine den Militäranwärtern vorbehaltene Unterbeamtenstelle, sondern nur das Recht zur Bewerbung um eine solche Stelle.

Tee und Kaffee. Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Erzeugmittel, S. m. b. S., Berlin, macht bekannt: Die angemeldeten Bestände an grünem Tee werden hiermit unter der Bedingung freigegeben, daß der Verkaufspreis im Groß- und Kleinhandel 2,50 Mark für 1 Kilogramm, verholt, nicht übersiegt.

Von den ordnungsgemäß angemeldeten, bei dem Kriegsausschuß verbuchten Beständen an Rohkaffee wird vorerst eine Quote von insgesamt 10 Proz. jeder einzelnen Sorte zum Verkauf und zur Röstung unter folgenden Bedingungen freigegeben: 1. An Verbraucher darf Kaffee nur in geröstetem Zustand verkauft werden. 2. In jedem einzelnen Falle darf nicht mehr als ein halbes Pfund gerösteter Kaffee verkauft werden. Der Verkauf ist nur gestattet, wenn gleichzeitig an denselben Käufer mindestens die gleiche Gewichtsmenge Kaffee-Erzeugmittel abgegeben wird. 3. Der Preis für ein halbes Pfund gerösteten Kaffee darf zusammen 2,20 Mark nicht übersteigen. 4. An Großverbraucher (Kaffeehäuser, Hotels, Gastwirtschaften, gemeinnützige Anstalten, Lazarett usw.) darf an Kaffee nur die Hälfte dessen Quantums in wöchentlichen Raten verkauft werden, das dem nachweisbaren Durchschnittsverbrauch der letzten drei Betriebsmonate entspricht; es muß auch in diesem Falle mindestens die gleiche Menge Erzeugmittel verbraucht werden. 5. Fertige Mischungen von geröstetem Kaffee mit Erzeugmitteln müssen mindestens die Hälfte Kaffee-Erzeugmittel enthalten. Der Preis für diese Mischungen darf, wenn sie fünfunddreißig Prozent Kaffee enthalten, 2,20 Mark pro Pfund nicht übersteigen. Enthalten die Mischungen einen geringeren Prozentsatz Bohnenkaffee, so ist der Verkaufspreis dementsprechend niedriger zu halten. Denjenigen Verkäufern von Kaffee, Kaffee-Erzeugmitteln und fertigen Mischungen, welche die obigen Bedingungen nicht einhalten, wird durch den Kriegsausschuß ihr gesamter Vorrat an Kaffee abgenommen werden.

Unzulässig im Handel mit Lebensmitteln. Das Polizeiamt macht bekannt: Dem Händler Heinrich Metzger, geb. am 3. April 1879 zu Hannover und seiner Ehefrau Anna geb. Roketer, geb. am 8. Juni 1880 zu Tiege, beide in Lübeck wohnhaft, ist auf Grund der Bundesratsverordnung zur Fernhaltung unzulässiger Personen vom Handel, vom 23. September 1915, wegen Unzulässigkeit der Handel mit Nahrungsmitteln jeder Art untersagt worden.

Leder. Von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder sind der Handelskammer die Sanktionen und die Bedingungen für die Abgabe von freigegebenem Bodenleder zugegangen, welche in der Kanzlei der Handelskammer, Breitestr. 6, eingesehen werden können.

Die Besucher Travemündes, die sich dort weniger als vierundzwanzig Stunden aufzuhalten, brauchen sich nicht mehr bei der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde zu melden, jedoch müssen sie den vorgeschriebenen Ausweis bei sich tragen.

Meisterprüfung. Uns wird geschrieben: Die in hiesigen Lazaretten befindlichen Kriegsverletzen Heinr. Bremmer (Tischler), Otto Böhme (Tischler), Max Gersdorff (Schlosser), Hugo Hein (Stellmacher), Paul Born (Schmied), Chr. Bollpott (Schuhmacher) haben sich vor den zuständigen Meisterprüfungskommissionen mit Erfolg der Meisterprüfung unterzogen.

Anzeigetaugliche Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat April in 72 Fällen gemeldet. Davon betrafen 56 Fälle (darunter 7 Soldaten) Diphtherie, 12 (1 Soldat) Schlaganfall, 3 (2 Soldaten) Genickstarre (1 Fall tödlich verlaufen), 1 Fall Masern.

Besuch der Polizeiküche im Monat April. Es wurden 21324 große und 9224 kleine Portionen, im ganzen 30548 Portionen ausgegeben. Am 30. April wurde getötet: pro Tag 1180 Portionen. Weiter wurden verabfolgt 8379 große Tafeln Käse zu 5 Pfg. für 418,95 Mk. Abendessen für 2120,40 Mk. Am 50% Kinder wurden Portionen zu 10 Pfg. abgegeben für 507,90 Mk. Außerdem wurden noch täglich 100 Soldaten zweimal gespeist.

Diebstahl in einem Ladengeschäft. Am 2. Dezember 1915 bemerkten drei jugendliche Personen, der Schlosserlehrling Wilhelm Elsner, ein gewisser Erdmann und ein gewisser L., wie die Filialleiterin des Kaufmanns Brief die Filiale in der Nagebrger Allee in Lübeck um 7 Uhr abends verließ. Mittels Diebstahls öffnete dann einer der Jungen die Filiale, während die anderen aufpassten. Es wurden Gegenstände im Werte von 15,42 Mark geklaut, so 2 Rollen Sodener Postillsen, Krügerol, Pfefferminztabletten, Schokolade, Suppenwürfel usw. Die Beute teilten die drei untereinander. Elsner wurde vom Landgericht Lübeck zu 3 Monaten Gefängnis, Erdmann und L. zu je 1 Monat Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil legten die Angeklagten Revision beim Reichsgericht ein. Der Reichsanwalt beantragte Aufhebung des Urteils. Der 3. Strafgericht des höchsten Gerichtshofes verwies dagegen die Rechtsmittel als unbegründet mit der Begründung, daß ein Verbrechen nach § 243/3, nicht 243/2 St. G. B. vorliege.

Die Jugendliche Diebe. In letzter Zeit sind wiederholt Schaukästen hiesiger Geschäfte während der Nachtzeit erbrochen und aus denselben diverse Gegenstände gestohlen worden. Als Täter, diese Diebstähle ausgeführt zu haben, konnten vier jugendliche mehrfach vorbestrafte Gelegenheitsarbeiter ermittelt und festgenommen werden. Die Täter wollen das Diebesgut teils verschwendet und teils verkauft haben. Auch ein am Dienstag, dem 25. vor. Mts., im

Bootshaus der Ruderergesellschaft ausgetührter Einbruchstieftahl konnte ihnen zur Last gelegt und ein Teil der gestohlenen Sachen beschlagnahmt werden.

pb. Bier russische Kriegsgefangene, die in Büchen entwischen waren, wurden dem Marstallgefängnis zugeführt.

pb. Ermittelt wurde eine ledige Arbeiterin aus Dobrojewo, die in einem hiesigen Barenhaus zwei seidene Unterröcke gestohlen hatte.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 29. vor. Mts. gegen 7 Uhr abends ist ein vor der Post hingestellt gemesenes Fahrrad abhanden gekommen. Das Fahrrad hat die Polizeiunummer 8472, schwarzes Gestell und ehemalsche Felgen und ist mit Freilauf und Rücktrittbremse versehen. Der Rahmen und die Felgen sind neu lackiert. Der Sattel ist noch ziemlich neu.

pb. Steeler und Hehler. Ermittelt und festgenommen wurden die Täter, die in der Nacht zum 11. vor. Mts. die Spiegelscheibe einer Getreidewarenhandlung im Günzenhausen zertrümmert und aus dem Schaufenster eine große Menge Konserve und Nahrungsmitte geplündert hatten. Die Täter hatten das Diebesgut zu einem in der oberen Meierstraße wohnhaften Barbier geschafft, der den Verkauf des Diebesgutes übernommen hatte. Der Barbier wurde gleichfalls festgenommen.

pb. Ermittelt und festgenommen wurden zwei Arbeiter eines hiesigen Spediteurs, die mit dem Abschaffen von Bahnhofsenden beschäftigt waren. Bei dieser Gelegenheit haben sie nicht allein an Güterabholen geholfen, sondern haben auch die Sendungen bestohlen, die ihnen zur Bestellung an hiesige Adressaten anvertraut waren.

Altona. Gewerbsmäßige Hohlerei eines Gastr. Ein gewisser Nowak hatte mehrere Silberdiebstähle auswärts verübt und die Gegenstände dann nach Hamburg gebracht. Der Schankwirt Fritz Duttler verzieht diese Sachen und besitzt ein Drittel des Erlöses für sich. So erzielte er in einem Falle einen Gewinn von 120 Mark, in einem anderen Falle einen solchen von 900 Mark. Duttler ist ein gewerbsmäßiger Hohlerei. Er benutzt die Hohlerei als fortwährende Erwerbsquelle. Nowak plante noch eine Reihe von Diebstählen in Villenvorstädten von Hamburg und Altona. Duttler sollte dann das Erlangte versiegen mit obengenanntem Gewinn. Am 22. Februar 1916 wurde Duttler wegen gewerbsmäßiger Hohlerei vom Landgericht Altona zu 3 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren verurteilt. Er legte gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht ein mit der Begründung, daß er nicht gewerbsmäßiger Hohlerei sei, da er sein Einkommen aus seinem Schankbetriebe beziehe. Der Reichsanwalt beantragte Vermerkung des Rechtsmittels als unbegründet. Diesem Antrage schloß sich Montag der 3. Strafgericht des höchsten Gerichtshofes an.

Hadersleben. Großfeuer. Der große Hanseatische Hof in Hadersleben. Großfeuer. Der große Hanseatische Hof in Hadersleben ist in der Nacht zum Dienstag niedergebrannt.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur "Sommerzeit" im Gärtnerberuf sind von freigewerkschaftlicher Seite folgende Richtlinien festgelegt worden: 1. Wo es irgend angängig, soll die Arbeitszeit mit der neuen Sommerzeit in Einklang gebracht werden, d. h. Arbeitsansatz und Arbeitsende fallen eine Stunde früher als vordem. Diese Ordnung läßt sich ohne eine Benachteiligung der Pflanzenpflege un schwer durchführen in den Landwirtschafts-, Baumwirtschafts- sowie überhaupt in allen Freiland-Gärtnerbetrieben, demzufolge auch in den gemeindlichen und in den Friedhofs-Gärtnerbetrieben sowie in den sogenannten Privatgärtnereteien, soweit diese Betriebe als Landwirtschafts- und Freilandbetriebe in Betracht kommen. 2. Wo ein Frühherlegen des Arbeitszeitendes durchaus nicht eingängig ist, oder ihm unüberwindbare Widerstand entgegengesetzt wird, da ist auch der frühere Arbeitsbeginn abzulehnen. Oder aber es ist entsprechend dem Zeitraum des früheren Anfangs eine Verlängerung der Mittagspause einzusetzen. In Betracht kommen dafür nur Betriebe mit Frühbeet- und Glashauskulturen, soweit die ge pflanzten Pflanzen besonders empfindlich sind und ein früherer Arbeitsabschluß diese Kulturen wirklich nachteilig beeinflussen würde. Im allgemeinen kann solche Benachteiligung nicht anerkannt werden. Eine Arbeitszeitverlängerung ist unter allen Umständen zurückzuweisen!

Allgemeiner Streit der Schleppdampfermaschinen im Hafen von Neuport. Der "Nieuwe Courant" meldet: Im Hafen von Neuport brach ein allgemeiner Streit unter den Maschinen der Schleppboote und Leichter aus. Die Ausständigen verlangen eine Lohnherhöhung. Infolge des Streits können die Schiffe den Hafen nicht verlassen, wodurch der Munitionstransport verhindert wird.

Soziales. Staatliche Teuerungszulagen. Ab 1. April rückwirkend tritt in Baden eine Erweiterung der Gewährung von Teuerungszulagen an die Staatsarbeiter und Staatsbeamten ein. Die Ein kommensgrenze ist auf 200 Mk. pro Monat (früher 175 Mk.) für die Beamten herausgesetzt worden. Weiter wurden die Monatszüge für die Teuerungszulagen und auch die Kinderzulagen durchweg erhöht. Neu vorgesehen sind Teuerungszulagen oder Beihilfen für den Unterhalt erwerbsunfähiger Angehöriger; sie be tragen pro Monat 3 Mk. für verheiratete, verwitwete, geschiedene oder ledige Arbeiter, welche erwerbsunfähige Eltern, Großeltern oder Geschwister nachweislich unterhalten müssen. Die finanziellen Wirkungen dieser Erhöhungen gipfeln in dem Gesamt-Jahresauf wande von nunmehr 2½ Millionen Mark, während früher für die Teuerungszulagen 1 370 000 Mk. erforderlich waren.

Verlustlisten. Es folgen sind:

Aus Nah und Fern. Kontrolle der Haushaltungsvo rate. Gegen die Hamsterei wird in letzter Zeit in Süddeutschland energetischer als bisher eingegriffen. In München sind Höchstvorratsmengen für den Einzel haushalt festgesetzt worden; Übergrößen sind verboten und mit Strafe bedroht. In Stuttgart ist zu ähnlichen Zwecken ein allgemeines Lebensmittelbuch eingepflegt. Hier, seit wenigen Tagen, Grapen, Griek, Hülsenfrüchte, Kaka, Kartoffeln, frische Milch, Seife, Teigwaren, Zwiebeln (soso neben erlaubten gesetzlich rationierten auch bisher unrationierte Produkte) dürfen nur gegen Vorzeitung des Lebensmittelbuches in Höchst mängen abgegeben werden, die das Stadtschulthei senamt jeweils für eine bestimmte Verbrauchsperiode feststellt. Die Bürger werden bei der Brotkartenausgabe kontrolliert.

Fabelhaft hohe Preise für Ziehvieh. Erstaunlich hohe Gewinne streichen die Viehzüchter ein. So wurden auf der Ziehviehauktion der Ostpreußischen Holländer Herdbuch-Ziehvieh noch nie dagewesene Preise erzielt. Ein einjähriger Bulle brachte nicht weniger als 12 000 Mark, zwei weitere einjährige Stiere wurden für je 10 000 Mark verkauft. Elf Tiere kosteten 350 bis 6200 Mark; bei jungen Bullen bewegten sich die Preise von 3000 bis 3400 Mark. Bei vierzig Bullen kommen die Verkaufspreise 2000 bis 2950 Mark, bei 66 1000 Mark. Nur ein Bulle brachte weniger als 1000 Mark. Auch die Preise für Sterne waren enorm hoch. Zwei brachten über 3000 Mark, jünghörig 2010 bis 2980 Mark, 98 1000 bis 1980 Mark und nur eine Sterne brachte weniger als 1000 Mark. In den agrarischen Zeitungen wird trotzdem ständig nachzuweisen ver sucht, daß die Landwirtschaft eigentlich kein Mehr ein kommen zu verzeichnen habe.

Bontottierung eines Konumentenvertreters. Wir lesen in den "Berl. Neuesten Nachrichten": Auf eine im Kriege neue und doch alte, an Wahlzeiten erinnernde Methode zur Belästigung unbedeuterter Gegner sind die Milchinteressenten in Zell im Wiesental (Baden) verfallen. Ihr Versuch, den Milchpreis von 24 auf 26 Pf. zu schrauben, scheiterte an dem Widerstand der Vertreter des Kriegsausschusses für Konsuminteressen, die nur für 25 Pf. zu haben waren. Dementsprechend wurde in der Preisprüfung beobachtet. Am andern Tage erhielt der Vertreter der Verbrauchervereinigung vor seiner bisherigen Milchlieferantin, der Landfrau Zimmermann, bereits die Nachricht, daß er keine Milch mehr bekommen könne. Ganze vier Wochen hindurch hat er trotz seiner vier Kinder tatsächlich auch fast keine Milch erhalten. Es handelt sich also um eine offenkundige Maßregelung eines pflichtgetreuen Preisprüfers. — Man sieht hieraus, daß manche Landwirte ihre früheren Kampfmittel auch nicht scheuen, wenn es sich um die Wahrung ihrer Interessen handelt. Mit welchem Recht verlangen sie dann, daß die andern Rückzug machen lassen!

Explosion in einer französischen Fabrik. In den chemischen Werken von La Rochelle ereignete sich eine Explosion, auf die ein Brand folgte. Das Gebäude, in dem die Explosion stattfand, wurde zerstört. 20 Opfer wurden unter den Trümmern hervorgezogen. Eine Anzahl Personen wurden verwundet.

Neueste Nachrichten.

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier. 3. Mai. (Amtlich) Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Dijon und drangen deutsche Abteilungen im Anschluß an einen Generalüberfall in die belgische Linie ein und nahmen einige Dutzend Ponte gelungen.

In Legende, Forêt de Paris (Argonne). Siegen unter Patrouillen bis über den 2. französischen Graben vor und brachten einige Gefangene zurück.

Beiderseits der Maas ist die Lage unverändert. Oberleutnant Freiherr von Althaus ist über dem Caillettewald ein 6. feindliches Flugzeug abgeschossen. Außerdem ist ein französisches Flugzeug im Luftkampf südlich des Werkes Thiaumont zum Absturz gebracht. Zwei weitere sind durch unsere Abwehrgeschütze südlich des Talourüdens und beim Geschäft Thiaumont, ein jüngstes durch Maschinengewehrfeuer bei Hardumont heruntergeholzt. Der Führer des letzteren ist tot, der Beobachter schwer verletzt.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Verlustlisten. Es folgen sind:

Deutsche Verlustliste Nr. 519.
Französische Verlustliste Nr. 276.

Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlich für die Rubrik "Fahndung und Nachverfolgung" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Sohn. Sammlig in Bände.

Guterhalt. Damenrad, Herrenrad u. Klapp-Sportw. zu ff. gef. Ang. unt. L. B. 35 an d. Exp. (2129)

Beerdigungs-Institut Pietat

H. Grimm

Wickede 49. Fermal 1424. Uebernahme ganzer Beerdigungen u. Feuerbestattungen.

2130. Ueberführungen mit eigenem Transportwagen.

Großes Lager von Särgen und Einkleidungen jeder Art.

Wickede, Damendorf, Herrenrad u. Klapp-Sportw. zu ff. gef. Ang. unt. L. B. 35 an d. Exp. (2129)

Berichtigung.

Die Trauerfeier für unsere Tochter

Margarete

findet am Donnerstag, dem 4. Mai, vormittags 10½ Uhr, also nicht 9½ Uhr, im hiesigen Krematorium statt.

2140. **L. Schoof und Frau.**

Das Militär

Kann die hiesigen Badeanstalten bis auf weiteres unentgeltlich benutzt. Falls in geschlossenen Verbänden gebadet werden soll, ist die Zeit hierfür vorher mit dem Bademeister zu vereinbaren.

Lübeck, den 3. Mai 1916.

Die Finanzbehörde,

Abteilung für Häuser und Plätze.

Gesangverein Einigkeit.

Wir erhielten die traurige Nachricht, daß unser treues Mitglied (2139)

Otto Lüders

am 20. April gefallen ist.

Seine seinem Andenken!

Weck-Uhren

von 2-50 an. (2138)

Gold, Platin, Myrruktur.

Rathenauer Uhren v. 150,-

U. Schmitz, ab Johanniskirche 22.

Reichsmark, Goldmark, Silbermark.

2141. Bern. Anna Bergbaumer u. Kinder.

2142. Weck-Uhren v. 150,-

U. Schmitz, ab Johanniskirche 22.

Politische Rundschau.

Deutschland:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat Dienstag abend folgenden schneidigen Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht eingeleitete Verfahren für die Dauer der Sitzungsperiode auszusetzen und die über ihn verhängte Haft aufzuheben.

Der Fall Liebknecht im Haupthausschuss des Reichstages.

In der gestrigen Sitzung des Haupthausschusses des Reichstages brachte die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft schriftlich folgenden Antrag ein: „Der Reichstag wolle beschließen, folgende Resolution anzunehmen: Erstens ist es unzulässig, daß durch das Präsidium des Reichstages versucht wird, die Presse zu beeinflussen, den von ihm selbst festgestellten Bericht über die Sitzung des Reichstages oder den Teil einer solchen zu veröffentlichen, zumal wenn jeder andere Bericht dadurch ausgeschlossen werden soll. Zweitens: Der Präsident wird erachtet, Vorkehrungen zu treffen, daß die Redefreiheit nicht beeinträchtigt und der Redner an der Ausübung des parlamentarischen Rechts nicht gewaltsam gehindert wird, wie das am 8. April 1916 gegenüber dem Abgeordneten Liebknecht geschehen ist.“ Nach längeren Auseinandisungen, die wir morgen wiedergeben, wurde der erste Absatz des Antrages gegen 4, der zweite Absatz gegen 3 sozialdemokratische Stimmen abgelehnt.

Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz, die der Bundesrat am Montag abend verabschiedet hat, ist Dienstag nachmittag dem Reichstag zugegangen. Die Novelle beschreibt sich im wesentlichen auf die Bestimmung, daß die §§ 3 und 17 des Reichsvereinsgesetzes (Verpflichtung zur Einreichung der Säugungen, Ausschluß Jugendlicher unter 18 Jahren) künftig nicht mehr Anwendung finden sollen auf solche Vereine (Gewerkschaften), die sich lediglich die Verbesserung des Arbeits- und Lohnverhältnisses ihrer Mitglieder zur Aufgabe gemacht haben. Kein politische Belästigung bleibt also den Gewerkschaften untersagt; auch das Kooperationsverbot für landwirtschaftliche Arbeiter wird, soweit es besteht, nicht aufgehoben.

Die Nationalliberalen gegen die Zensur.

Die bayerischen Nationalliberalen hielten in Nürnberg ihren Vertretertag ab. Abg. Strelzemann versicherte in seinem Vortrag, daß die nationalliberalen Reichstagsfraktion keineswegs einen Wechsel im Kanzleramt anstrebe. Redner erörterte dann die Frage der Zensur, die er scharf verurteilte. Man dürfe das deutsche Volk nicht behandeln, wie ein unmündiges Kind. — Die Zensurfrage wird demnächst im Reichstage erneut behandelt, höchstwahrscheinlich wiederholen die Nationalliberalen bei dieser Gelegenheit das völlig berechtigte scharfe Urteil, das Herr Strelzemann in Nürnberg gefällt hat.

Die Fleischversorgung.

Unter dem Titel: „Wirtschaftspolitische Wochenschau“ veröffentlicht die „Nord. Allgem. Zeitung“ die Maßnahmen, die zur Fleischversorgung ergreifen worden sind. An der Spitze steht die Reichsfleischstelle. Die Beschaffung und Verteilung des Fleisches ist bis hinunter zum Verbraucher wunderbar geregelt — auf dem Papier. Diese Organisation hat man jetzt, wo Fleisch entweder gar nicht oder doch nur zu hohen Preisen zu haben ist. Die ganze Art der Lebensmittelversorgung war eine Kette der allerschlimmsten Fehler. Erst jetzt, nachdem Schlachtreises Vieh auf geraume Zeit nicht mehr zu haben ist, hat man eine großzügige Organisation geschaffen, die leider nichts hat, was sie verteilen könnte.

Der Werwolf.

Roman von Wilhelm Alexius (W. Häring).

57. Fortsetzung.

„Was tut er jetzt?“ fragte die Kurfürstin leiser, ohne die Augen dahin zu richten, wohin ihre Frage gerichtet war; ihres Herrn Felsfuß war aber um fünfzig Schritte von dem ihrigen auf dem höchsten Punkte des Berges aufgeschlagen.

„Seine Durchlaucht sieht so abwärts geteckt, daß ihm keiner ins Gesicht schaut,“ entgegnete die Edelfrau.

„Auf einen Berg führte der Besucher unsern Heiland. Hoffprediger, wie hieß der Berg?“

„Die heilige Schrift hat uns den Namen nicht ausbewahrt, durchlauchtige Frau. Die Gelehrten aber meinten —“

„Wie törichtes gewiß, womit wir unser Gedächtnis nicht beladen wollen! So wir dabei stehen blieben, was in den heiligen Schriften aufbewahrt ist, und nichts hinzufügen, stände es besser um unser Seelenheil.“

„Das ist gewiß ein Quell, aus dem jeder Dürstende auch in der brennenden Wüste einen Labetrunk schöpft, wenn er nur immer in dem Glauben meiner gnädigen Frau die Lippen daran brächte!“

„Mit wem spricht er denn, Bredow?“

„Mit sich selbst scheint es. Nur dann und wann willt er dem Probst.“

„Was predigte er ihm vorhin?“

„Ich konnte nur einzelne Worte hören. Der arme Probst kämpft sehr mit der Seele. Er trocknet in einem fort die Tränen.“

„Wenn er ein rechter Mann Gottes wäre, so müßte er nicht schöne Worte seinem Herzen zur Beauftragung ins Ohr läuteln, er müßte, meine ich, wie ein anderer Elias und Jeremias seine Stimme erheben. — Hoffprediger, wäre es nicht seine Pflicht gewesen, als Beichtvater dem Kurfürsten mit aller Dringlichkeit abzuraten von den dunklen heilslosen Wissensgearten, von denen in der Bibel nichts steht? Die Kirche verbietet sie auch.“

„Gnädige Frau, die Grenzen zwischen dem Erlaubten und dem Verbotenen hierin, sind so schwer zu finden.“

„So ist's Eure Pflicht, sie zu suchen. Wozu seid Ihr ordinierte Diener Gottes!“

„Sehr kluge, geliehrte, ja fromme Männer haben zu allen Zeiten.“

„Gegen Gottes Gebote gefündigt. Und darum dürfen auch wir jüngsten die Mächtigen und Großen, zu denen kein Priester wage zu sprechen: Du tuft gegen seinen Willen!“

„Man könnte in solchem Falle —“

Dem Publikum wird empfohlen, hübsch artig zu bleiben und keinen Sündenbock zu suchen. Die ungleiche Verteilung der Lebensmittel an Fleisch, Fett, Wurst usw. von Staat und Gemeinde wird dann so begründet:

„In gewissem Umfang ist diese Ungleichmäßigkeit in der Tat vorhanden — und einigermaßen muß sie auch vorhanden sein. Man muß dem Erzeuger von seinem eigenen Produkt selbstverständlich soviel belassen, als er für seinen und seiner Angehörigen — notwendigen und auskömmlichen — Verbrauch bis zum Anfall der nächsten Erträge braucht. Tritt irgendwann im städtischen Lebensmittelverkehr eine zeitweise Stockung ein, so wäre es natürlich ein Unding (sinn daneben eine technische Unmöglichkeit), darum auch dem ländlichen Erzeuger seine Ration wegzunehmen. Auf dem Lande gibt es weder eine regelmäßige Markt noch eine rasch und stetig funktionierende Verteilungsorganisation; die Vorratshaltung, die in den Städten unter den gegenwärtigen Umständen mit gutem Grunde aufs energischste bekämpft wird, ist deshalb auf dem Lande in ziemlich ausgedehntem Grade unentbehrlich.“

Wenn diese Begründung im Bureau des Bundes der Landwirte gemacht worden wäre, hätte sie kaum anders ausfallen können. Wahr die Hausschlachtungen hat man verboten, aber nur bis zum 1. Dezember. Den Landwirten ist die feste Zufriedenheit gegeben worden, daß sie von diesem Termin ab wieder schlachten dürfen. Mit dieser Einschränkung wird aber schon deshalb garnicht erreicht, weil der Landwirt im Sommer überhaupt nicht schlachtet, von Rotschlachtungen abgesehen. Und im Herbst kann er zur gewohnten Zeit wieder schlachten so viel er will. Was er nicht braucht, das kann dann auf den Markt kommen!

„Hier muß Wandel geschaffen werden.“

Wie die meisten übrigen bürgerlichen Blätter Berlins, so sieht nun auch die „Germania“ mit ziemlicher Schärfe gegen die Überhandnahme der Tenuierung ein. Das Blatt sagt:

„Alle Maßnahmen gegen die Verteuerung des Lebensunterhalts haben bisher veragt. Unaufhörlich sind die Preise gestiegen und sie werden weiter steigen, wenn nicht kräftiger als bisher die Produktion gefördert wird. Die Höchstpreise haben bewirkt, daß die Produktion eingeschränkt wurde und die Ware verschwand. Die Preisprüfungsstellen haben in den meisten Fällen veragt. Viele Mitglieder sind schon zu der Überzeugung gekommen, daß alle Mühe und Arbeit vergeblich ist. Das Verbot der Hausschlachtungen ist ein Schlag ins Wasser, genau so, wie die Mahnerabslachtungen im Frühjahr 1915, die ein Verderben großer Vorräte im Gefolge hatte. Alle bisher getroffenen Maßnahmen sind theoretisch ausgezeichnet, praktisch haben sie gerade das Gegenteil von dem bewirkt, was bezweckt war. Butter, Fleisch, Käse, Gemüse, Eier, Kartoffeln und Heringe ausveztaut! So heißt es heute überall. Es fehlt an der Einsicht, daß nur durch greifende Maßregeln helfen können. Mit halben und vereinzelten ist dem Volke nicht geholfen. Heute müssen Millionen Kunden und tagelang vergeblich vor den Verkaufsstellen, Kartenausgaben nur warten. Hier muß Wandel geschaffen werden.“

Schweiz.

Lebensmittelwucher. Im Basler Grossen Rat fragte Camille Bauer die Regierung: „Ist es unserer hohen Regierung bekannt, daß in den hiesigen Lagerhäusern für viele Millionen Franken Lebensmittel und Waren aller Art liegen, die sich in den Händen in- und ausländischer Spekulanten befinden, und welche Mittel und Wege gedenkt sie einzuschlagen, um dieselben dem Wucher zu entziehen und den Konsumen, sowie unserm Gewerbe und unserer Industrie dazuzuführen?“

Aus der Partei.

Ein Vorschlag zum Fraktionsstreit.

Einen sehr beachtenswerten Vorschlag macht Genosse F. Stampaier zum Fraktionsstreit im Reichstag.

Er befiehlt den beschämenden Zustand, daß sich die Vertreter der Arbeiterklasse öffentlich in den Haaren liegen zum Gaudium

der Gegner. Diese überaus peinlichen Szenen müßten in Zukunft vermieden werden. Es darf keine gegenseitige Überredungsmeinshaft, wenn sie es ernst meine mit der Erhaltung der Partei einheit, müsse bereit sein, die Fraktion von ihren jeweiligen Ansichten rechtzeitig zu unterrichten. Um das Ziel zu erreichen, muß zu erwägen, daß die Mitglieder der einen Fraktion als Zuhörer den Sitzungen der andern bewohnen dürfen. Oder jede Fraktion sollte einen Vertrauensmann als Berichterstatter zu den Sitzungen der andern entsenden. Mindestens sollte jeder der beiden Fraktionen vorsitzende verpflichtet sein, seine Befürührungen dem andern Vorstande so rasch wie möglich mitzuteilen. Auch eine Schlichtungskommission käme in Betracht, deren Aufgabe es wäre, den Streit auf dasjenige Gebiet zu beschränken, auf dem wirklich unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Wir haben diesem Vorschlag freudig zugesagt in der Annahme, daß dadurch der leidige Bruderzwist etwas gemildert würde. Allerdings hatten wir angenommen, daß die in Frage kommenden Faktoren im Interesse der Partei dem Vorschlag zustimmen würden. Leider haben wir uns getäuscht. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft lehnt denselben ab mit der Behauptung, er wende sich an die jährl. Adressen. Wir bedauern dieses Verhalten der Arbeitsgemeinschaft außerordentlich und kommen leider zu der Schlussfolgerung, daß sie auch jetzt nicht die Einheit der Partei wollen.

Max Seydel. Der Geschäftsführer der „Leipziger Volkszeitung“ ist am 29. April im Alter von 56 Jahren gestorben. Er erlag einem langjährigen Leiden. Mit Seydel ist ein um die Entwicklung der Leipziger Arbeiterbewegung sehr verdienter Genosse dahingegangen.

Eine Landeskonferenz, an der 160 Parteigenossen teilnahmen, tagte in Stuttgart. Sie beschäftigte sich mit den jüngsten Parteifragen, bei welcher Gelegenheit auch zahlreiche Klagen über die Missstände auf dem Gebiete der Volksernährung erhoben und Vorschläge für die fernere Tätigkeit der Fraktion gemacht wurden. Gründlich stimmten alle Redner mit der Fraktionsmeinheit ab. Außerdem wurde eine Resolution angenommen, in der es als selbstverständlich erachtet wird, daß die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion an der Lösung der Kriegsosten zu beteiligen unter Wahrung der Lebensinteressen der wirtschaftlich schwachen Volkschichten.

Auch für die Einheit . . . Im „Zürcher Volksrecht“ ist zu lesen: Die Mitte Februar zunächst für Berlin vollzogene Abschöpfung derjenigen Personen, die auf dem Boden der „Reichs“ stehen, hat zu einer Scheidung der Opposition in ganz Deutschland geführt. Zur Besprechung der sich daraus ergebenden Fragen fand Mittwoch in einem Ort Mitteldeutschlands eine Zusammenkunft statt, die aus allen Teilen des Reiches bestellt war. Die hinter den „Leitjäten“ stehende Opposition Groß-Berlins (acht Wahlkreise) war durch 17 Genossen vertreten. Aus zwanzig Wahlkreisen des Reiches waren ebenso viele Genossen ermittelt, von denen einzelne die Opposition mehrerer Kreise beziehungsweise Bezirke vertreten. Unter andern nahmen teil Genossen aus Sachsen (insbesondere Leipzig, Dresden, Pirna, Chemnitz), Thüringen (Jena, Arnstadt, Gera), dem übrigen Mitteldeutschland (Braunschweig, Halle, Hannover), Rheinland (Essen, Duisburg), Frankfurt-Hanau, Württemberg (Stuttgart, Göppingen). Von einer Reihe weiterer Bezirke und Orte (so Hamburg, Bremen, Mainz, München, Breslau u. a.) war eine prinzipielle Zustimmung eingetragen; nur aus äußeren Gründen mußte eine Beteiligung unterbleiben. Aus den Verhandlungen, die völlige Einmütigkeit der prinzipiellen und taktischen Auffassungen ergaben, die zur Trennung innerhalb der Opposition in Groß-Berlin führten, gaben die Teilnehmer eine knappe Darstellung der Tätigkeit und Auffassungen in der Opposition ihres Bezirks. Danach ist die oppositionelle Stimmung überall im Wachsen. Zugleich hat aber auch die Unzufriedenheit über die Untätigkeit der parlamentarischen „Opposition“ (im Reichstage) zugenommen. Die Erklärung der Frankfurter Befreiung vom 21. Dezember 1915 wird als unzureichend beurteilt und ein selbständiges Auftreten der Zwanzig gefordert.

Friedensstreitungen serbischer Sozialdemokraten. Die „Berliner Tagwacht“ veröffentlicht einen Aufsatz der serbischen Sozialdemokraten, der von der serbischen Regierung fordert, daß sie sofort Unterhandlungen über den Friedensschluß einleite und dafür sorge, daß das Heer und die Bevölkerung ohne weitere Qualen nach Hause zurückkehren können. Die Regierung ist verpflichtet, so vorzugehen, um zu retten, was noch gerettet werden kann.

„Das ist deine Meinung, Probst?“

„Wenn mein Herr die andere nicht zuläßt, daß die Kegerei —“

„Nein, und abermals nein! Warum nicht als Hus predigt und Witje, warum nicht gegen die Waldenser, die Katharer, gegen die Kreuzer in Erfurt.“

„Kief ich dich darum? — Wie oft soll ich es sagen, daß ich freie Meinungen habe, ich will sie hören.“

„Wenn man nun argumentierte, daß Gottes Langmut durch die so oftmalige Wiederholung dieser Torheit denn doch endlich erschöpft wäre —“

„Da argumentierte man recht richtig — recht wie Ihr es begreift. Erhebe deine Gedanken höher zum Herrn der Unendlichkeit.“

„Wohl hat er unsern Sünden ein Mal gezeigt, aber das Kreuzstein, was der Mensch hingeträufelt, macht die Schale nicht überlöschen.“

„Das ist der Heilige Geist, der Mensch ist einmalig und ewig neu ist, durchaus binden wollen in Formen und Farben, darin er sich vor unsern blöden Augen einmal legte. In schon fern Blatt im Walde wie das andere, was ist sein Geist, der ewig neue, lebendige, der sich in immer neuem Schaffen gefällt, um doch nichts zu vernichten, um immer Neues, Vollendetes zu gebären.“

„Mit der Kirche hat es der Mensch zu tun, nicht mit dem ewigen Gott. Gegen die freuen sie, sie wird sie strafen. — Was ist wieder Hamm? Ich will ja deine Meinung. Nicht die Meinung, ich meine die du vorhast.“

„Dieser Sandberg, auf dem wir stehen, erinnert mich daran, mein gnädiger Herr. Unter uns, Ihr gegen Hus, stehen wir vielleicht auf einem anderen Berge, in einer anderen Welt, andere Menschen und im selben Augenblick schauen sie angestrahlt wie wir, nach den drohenden Zeichen am Firmament.“

„Wer hätte noch vor jünzig Jahren sich das nur träumen lassen! Und wer weiß, ob es Gottes Willen war, daß wie jene Welt und das Geheimnis der Natur denken sollten, von dem die Heiligen, die Kirchenmänner nichts geahnt, ja von dem Christus selbst — angelegten seine menschliche Natur — nichts gewußt hat. Werigsteins ist in den heiligen Schriften nichts davon zu finden.“

„Wie wenn mir der Herr die Goldstücke und Taseln mit den roten Menschen unserm Auge verschließen wollten, wenn er seine besonderen Zwecke mit ihnen geahnt, und wenn er unsern kräftrischen Fürwig zurücksetzt, der, aller Warnungen ungeachtet, den Weg dahin durch Stande sond.“

„Die nach dem Volke schmeißen. Gabes, gründlich, langerlich und tot.“

